



Fotos: Bettina Ausserhofer

Am Festakt „125 Jahre BDS“ nahmen auch die Bundestagsabgeordneten Axel Fischer und Klaus-Peter Flosbach sowie Minister a. D. Dr. Christean Wagner teil

Der BDS in der Retrospektive und ein Ausblick in die Zukunft

Rede des Präsidenten des Bundesverbandes der Selbständigen, Günther Hieber, zum 125-jährigen Bestehen des BDS anlässlich der Bundesverbandstagung am 22. Oktober 2016

Seit 125 Jahren ist der Bundesverband der Selbständigen gleichartig strukturiert. Es ist ein föderaler Aufbau von Landesverbänden, die sich nur dadurch unterscheiden, ob die Mitglieder unmittelbar beim jeweiligen LV oder in Ortsvereinen angebunden sind.

Die Retrospektive, also der Blick auf die Entstehungsgründe und auf die bedeutenden Persönlichkeiten, die Triebfeder für den Zusammenschluss kleinerer und mittlerer Unternehmen, insbesondere des Handwerks, waren, hilft zu verstehen, was den BDS auch in der heutigen Zeit bewegt. Es ist die Fragestellung, wo kommen wir her und wo wollen wir hin. Von der Entstehungsgeschichte her war nach dem Wegfall der Zünfte ein Zusammenschluss der Gewerbetreibenden erforderlich, um ein neu-

es Sprachrohr in wirtschaftspolitischen Angelegenheiten zu bekommen.

Die Zünfte sind nicht weggefallen, weil sie ausgestorben wären, sie sind weggefallen, weil sie keine Antworten auf die beginnende Industrialisierung finden und geben konnten.

Auch heute stellen sich für uns prinzipiell die gleichen vier Fragenkomplexe wie damals.

1. Wie sehen die für die Existenzbedingungen von kleinen und mittleren Unternehmen in den Bereichen Handwerk, Produktion, Handel und Dienstleistungen relevanten wirtschaftlichen, technischen, sozialen und politischen Sachstände aus?

2. Welche für die Existenzbedingungen von KMU relevanten Entwicklungsszenarien lassen sich in diesen Bereichen erkennen?

3. Welche Schlussfolgerungen lassen sich durch deren Analyse im Hinblick auf die Auswirkungen auf die Existenz- und Entwicklungsbedingungen von KMU ziehen?

4. Haben wir für die sich daraus für die KMU ergebenden Herausforderungen die richtigen Antworten und Konzepte?

Es ist die Frage einer Zieldefinition: Wo wollen wir hin? Wenn wir ein Ziel definiert haben, stellt sich schließlich die Frage: Ist dieses Ziel erstrebenswert? Eine Orientierung an einem schlechten Endpunkt, der nicht besser ist als der Ausgangspunkt, ist logischerweise nicht erstrebenswert. Wir alle wollen Europa, auch der BDS, aber ist Europa in seiner momentanen Ausprägung erstrebenswert?

Ich bin der festen Überzeugung, dass es zu einem Zielpunkt Europa vereinigter Nationen keine Alternative gibt.

Friedrich List, dieser große deutsche Nationalökonom, hatte sich zum Ziel gesetzt, einen ökonomisch geeinten Nationalstaat zu schaffen. Der Ansatz war, die Vielzahl an Zollschranken unter den kleindeutschen Staaten aufzuheben und zu einem einheitlichen Wirtschaftsgebilde zu kommen. Diesen Gedanken kann man für die heutige Zeit durchaus auf Europa übertragen, allerdings ist fraglich, ob eine Übertragung so nach Listscher Manier möglich ist.

Der Gegensatz zu der damaligen Zeit um 1830 besteht darin, dass List ein homogenes Ziel für das zu schaffende Reich vorgefunden hatte. Sprache, Kultur, Geschichte, Wertvorstellungen und das Wollen, sich in einer Gemeinschaft wiederzufinden, waren das gemeinsame Band. Von einer Homogenität des Ziels „Europa“ kann im Gegensatz zu dem Zielobjekt, das List vor Augen hatte, keine Rede sein. Im Gegenteil: Wir sind von diesem Ziel Europa, das auf Homogenität ausgerichtet wäre, meilenweit entfernt.

Dies bedeutet aber nicht, dass Europa zwingend zum Scheitern verurteilt wäre. Um ein durchaus mögliches Scheitern zu verhindern, muss allerdings das Zielkonstrukt Europa so definiert werden, dass sich bei aller Heterogenität trotzdem ein bestandskräftiger einheitlicher europäischer Staat schaffen lässt. Dies kann nur bei Wahrung der jeweiligen Eigenheiten der einzelnen europabildenden Länder erfolgen.

Auch wenn im Konzept zur Durchsetzung eines Deutschen Binnenmarktes im Kern schon die Idee eines europäischen Binnenmarktes in Ansätzen mit angelegt war, können die – als Antwort auf die wirtschaftlichen und politischen Probleme seiner Zeit – formulierten Thesen Lists, die 25 Jahre nach seinem Tod zur Schaffung eines ökonomisch geeinten Nationalstaates geführt haben, nicht analog auf die Lösung der Probleme bei der Schaffung eines ökonomisch und politisch einheitlichen, europäischen Staates angewendet werden.

Es genügt nicht, eine einheitliche Währung für dieses Gesamtgebilde zu schaffen, es genügt nicht, von einer Freizügigkeit des Geldverkehrs, von einer Niederlassungsfreiheit im europäischen Staatengebilde zu reden. Es muss auch in den Köpfen der Bevölkerung verankert werden, dass es erstrebenswert ist, dieses Ziel zu verfolgen und zu verwirklichen.

In Anbetracht der Brandherde, die in den letzten Jahren bei unseren Nachbarn in Frankreich, in Holland, in Tschechien oder in Polen eingetreten sind, ist zu befürchten,

dass sich dieses Ziel immer mehr aus den Köpfen entfernt. Auch hier in Deutschland gibt es Bestrebungen, die meinen, dass die Rückbesinnung auf die eigene nationale Stärke durchaus ausreichend sei, um Wohlstand und Beschäftigung in Deutschland zu sichern. Ich sehe in diesen Bränden eine riesige Gefahr, dass sich diese Flammen grenzüberschreitend zum Flächenbrand in Europa entwickeln können.

Es darf also die Frage erlaubt sein, warum dies so ist und was dagegen getan werden kann. Hört man sich in breiten Bevölkerungskreisen um, stellt man fest, dass diese „Europaverdrossenheit“ auf vielerlei Gesichtspunkten beruht. Die meisten Argumente, die vorgebracht werden, sind, dass sich die Bevölkerung nicht angemessen vertreten fühlt, oder dass vorgebracht wird, dass ein paar elitäre „Eurokraten“ ohne demokratische Kontrolle von oben nach unten durchregieren. Sieht man sich die komplizierten Handlungsabläufe auf EU-



Friedrich List – Pionier der Gewerbefreiheit und des Freihandels

Ebene an, so ist diese Haltung, die bei Vielen vorherrscht, durchaus nachvollziehbar. Komitologieausschüsse und EU-Rat erwecken vielfach bei der Bevölkerung den Eindruck, es werde über ihre Köpfe hinweg bestimmt.

Augenfällig wird diese Handlungsweise an der erst kürzlich in Kraft getretenen europäischen Lebensmittelverordnung. Sie ist ein Beispiel dafür, wie durch eine EU-Regelung in den ökonomischen Mikrokosmos eingegriffen wird. Nach dieser Lebensmittelverordnung müssen alle Produzenten den Inhalt, der von ihnen hergestellten Produkte auf 100 Gramm, beziehungsweise

100 Milliliter angeben, allergene Gefahren ansprechen und dies auf ihren Verpackungen deklarieren.

Natürlich ist dies kein Problem für Großproduzenten a la „Nestle“ oder andere internationale Nahrungsmittelhersteller. Sollte jedoch ein Produzent von Teigwaren, der beispielsweise nicht die Größe von Barilla hat, seine Produkte verkaufen wollen, so muss er diese Produkte entsprechend deklarieren. Es leuchtet ein, dass die kleinen Hofläden oder Kleinproduzenten, die es in vielfältigster Form gibt und die nicht nur unter Wettbewerbsgesichtspunkten wünschenswert und notwendig sind, dieser Pflicht nicht nachkommen können.

Man hat die Verordnung zwar etwas entschärft, aber beispielsweise kann ein Onlinehandel von solchen Läden nicht betrieben werden. Der Ausschluss des Onlinehandels, einer elementaren Vertriebsform für die Zukunft, bedeutet das AUS für jeden Kleinstbetrieb, weil er seine Produkte nicht in einem neuen Forum anbieten kann.

Richtigerweise hätte man bei dieser Lebensmittelverordnung von der Produktionsmenge ausgehen müssen, anstatt bei kleinstproduzierten Mengen die neuen, modernen Vertriebsmöglichkeiten auszuschließen. Momentan läuft im BDS ein Pilotprojekt unter der Bezeichnung „virtuelles Kaufhaus“. EU-Kommissar Günther Oettinger hat sich bereits vor Ort über das Projekt informiert und sich lobend darüber geäußert. Eine Einbindung örtlicher oder regionaler Produzenten wäre, wenn sie der VO nicht genügten, unmöglich. Das würde den örtlichen Metzger mit Wurst Dosen, bäuerlichen Marmelade-, Back- und Teigwarenhersteller kurzum alle Kleinst-Nahrungsmittelhersteller betreffen.

Begründet wird dies mit Verbraucherschutz. Ein Verkauf über die Ladentheke wäre zulässig, im Internet aber nicht. Jetzt wird es schon grotesk. Der Direktkäufer ist offensichtlich weniger schützenswert als der Internetkäufer.

Dies ist ein definitiv nicht mehr tolerierbarer Eingriff in den ökonomischen Mikrokosmos in Europa. In Anbetracht einer solchen Vorgehensweise verwundert es nicht, dass sich bei derart absurden dirigistischen Eingriffen die Begeisterungsfähigkeit der Bürger für Europa in Grenzen hält. In den letzten Jahren ist durch eine Vielzahl gleichartiger Eingriffe der Eindruck entstanden, dass sich Europa als Selbstzweck und nicht zum Wohle der Bevölkerung verwaltet.

Genau hier muss ein Umdenken erfolgen, wenn man die Bevölkerung wieder für ►

Europa begeistern möchte. Auch für den BDS mit seiner Vielzahl von kleineren und mittleren Unternehmen, die ich als ökonomischen Mikrokosmos bezeichnet habe, ist es unerlässlich, dass diese Vielfalt erhalten bleibt.

Ich kann nur davor warnen, durch derartige Eingriffe vielen Kleinunternehmen absehbar die Existenzgrundlagen zu entziehen. Der dann eintretende Flächenbrand, der sich mit anderen europäischen Staaten verbindet, wäre nicht mehr beherrschbar.

Auch auf internationaler Ebene stehen wir vor Problemen, weil sich Europa durch Freihandel öffnen soll, um so weitere Prosperität zu generieren. Stichworte: CETA sowie das TTIP-Abkommen. Würden wir nach den im 19. Jahrhundert formulierten nationalökonomischen Konzepten und Strategien von List zur Errichtung eines Deutschen Binnenmarktes handeln, müsste das neu entstehende Europa zur Eigenfestigung seines Wirtschafts- und Staatsgebildes zu dem Mittel von Abschottung und Zöllen gegenüber dem Außenbereich greifen. Vielfach wird vergessen, dass List, der zwar ein großer Befürworter des Freihandels in seinen nationaltheoretischen Überlegungen war, eine Abschottung gegenüber England befürwortete, was letztendlich zur Gründung des deutschen Zollvereins führte.

Das von ihm dabei vertretene Konzept höchst moderater Zölle stufte er im Übrigen auf Grund deren zu geringer Wirksamkeit als bald als großen Fehler ein.

Diese Gesichtspunkte werden oft übersehen, bringen uns allerdings im vorliegenden Fall auch nicht weiter, weil jeder von uns eine auf Abschottung gerichtete Politik sicherlich ablehnt.

Natürlich befürworten viele Mitglieder im BDS, dass durch Freihandelsabkommen der freie Waren- und Dienstleistungsverkehr mit den USA erleichtert werden soll. Aber auch hier müsste unter den Beteiligten zuvor ein Grundkonsens in ökonomischer und ökologischer Sicht gefunden werden. Es lässt sich so skizzieren: Die amerikanische Auffassung ist beherrscht von dem Gedanken „Bahn Frei!“, der noch aus den Pioniertagen Amerikas

stammt. In Europa haben wir eine etwas retardierende Variante. Sie lässt sich vielleicht am besten so skizzieren: In Amerika ist alles erlaubt, was nicht explizit verboten ist, in Europa ist fast alles verboten, es sei denn, es ist genehmigt, erlaubt und behördlich abgesegnet.

Diese beiden entgegengesetzten Grundauffassungen prallen nun aufeinander und sollen in einem Abkommen - TIIP genannt - unter einen Hut gebracht werden. Dies ist schlichtweg ein unmögliches Unterfangen.



BDS-Präsident Günther Hieber ließ 125 Jahre des Bundesverbandes der Selbständigen Revue passieren und gab einen Ausblick auf die künftige Arbeit des Verbandes

Die Angleichung von technischen Standards ist ein Kinderspiel und könnte auch durch die Wirtschaft von sich aus gelöst werden. Deshalb ist der Ansatz oder die Behauptung, man müsse technische Standards angleichen und in einem Abkommen regeln, ganz offensichtlich nur vorgeschoben. Es sind die unterschiedlichen politischen Anschauungen, die die Problemlösungen verhindern. Das ist nicht als Politiker-Bashing zu verstehen. Es ist selbstverständlich legitim, seine wirtschaftlichen Interessen auch politisch zu definieren. Nur sollte man sich nicht wundern, wenn die

Gegenseite dies ebenso macht. Eine einfache Lösung des TIIP Problems gibt es nicht. Auf jeden Fall sollten die Verhandlungskomplexe entzerrt und in kleinere akzeptable Problemfelder aufgelöst werden. Eine Generallösung für alle Probleme zu finden, erscheint jedenfalls momentan als unmöglich.

Zurück zum Aufbau des BDS. Aufgrund der Vereinsstruktur lebt der Verband von einer Vielzahl ehrenamtlicher Helfer und ist auf diese angewiesen. Dies entspricht auch dem Selbstverwaltungsgedanken, wie er im Gesetz über die Gewerbefreiheit von 1862 manifestiert wurde. Vieles hängt von den Fähigkeiten der Vorstände ab. Allgemein wird beklagt, dass Vereinsleitungen damit zu kämpfen haben, dass eine Interessenlosigkeit der Mitglieder vorherrsche, die Geld und Zeitaufwand beim aktiven Mitwirken in ihrer BDS-Gemeinschaft scheuten. Das ist jedoch kein neues Phänomen. Ein Zitat in diesem Zusammenhang: „Es liegt an dem leider noch überall zu findenden Mangel am Gemeinsinn, Mangel an gegenseitiger Anregung, mangelndem Austausch der Gedanken über gewerbliche Fragen, vor allem im Mangel an Männern, welche aus reiner Eingebung ein wenig Zeit, ein wenig Mühe und noch ein wenig Ruhe oder Vergnügen zum Opfer bringen.“

Dies ist nicht das Klageglied des amtierenden Präsidenten, sondern wer dies sagte, war im Jahre 1865 der Vereinsvorsitzende Eberbach, Oberamtsaktuar des Gewerbevereins Besigheim, nachzulesen im Gewerbeblatt von 1865 in Württemberg.

Gerade in der heutigen Zeit ist dieser Mangel an Gemeinsinn und aktivem Einbringen leider allgegenwärtig. Es betrifft den Musikverein, den Turnverein, den Schützenverein, den Gesangsverein. Überall wird zu oft dankend abgewehrt, sofern ein ehrenamtlicher Einsatz gefordert wird. Dies ist erschreckend, aber wenn man sieht, dass seit über 150 Jahren die Probleme die gleichen sind, sollte uns vor der Lösung der künftigen Probleme in den nächsten 150 Jahren nicht bange sein. Wir haben 150 Jahre diese Beklagung des Mangels erlebt und überstanden und wir werden auch die nächsten 150 Jahre überstehen. ■